

GÖTTINGER ERKLÄRUNG

der SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen

Die Ereignisse der vergangenen Jahre stellen unsere Demokratie auf eine harte Probe. Verlässlich geglaubte Bündnisse geraten ins Wanken, der politische Diskurs ist zunehmend von einem rauen Ton geprägt, und zugleich wird das Vertrauen in den Staat und seine Institutionen zerstört.

Für die SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen ist es daher von zentraler Bedeutung, das tägliche Leben vor Ort verlässlich zu gestalten und in Niedersachsen sowohl innere als auch soziale Sicherheit zu gewährleisten. Dabei spielen auch die digitale Souveränität staatlichen Handelns und der Schutz unserer Daten eine wichtige Rolle. Der digitale Raum muss ein Raum sein, in dem pluralistische Meinungsbildung befördert und nicht eingeschränkt wird. Hierfür bedarf es eines handlungsfähigen und krisenfesten Staates, der die Menschen, ihre Bedürfnisse und ihre Sicherheit konsequent in den Mittelpunkt stellt.

Dies erfordert klare politische Entscheidungen: Die Stärkung der Wirtschaft und Sicherung von guten Arbeitsplätzen sind ebenso zentral wie gezielte Investitionen in Städte und Gemeinden sowie ein moderner bürgernaher Sozialstaat.

Nicht minder erheblich sind die Herausforderungen für die Sicherheit im digitalen Raum in den vergangenen Jahren gewachsen. Soziale Netzwerke und der rasante Fortschritt Künstlicher Intelligenz haben erhebliche Auswirkungen, auch für den sozialen Zusammenhalt unseres Gemeinwesens. Hier Fehlentwicklungen wirksam zu begegnen, um Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Grundrechte zu schützen, ist eine zentrale politische Aufgabe.

Wirksame Maßnahmen in all diesen Bereichen stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Göttinger Erklärung benennt die zentralen Vorhaben, die wir im Jahr 2026 besonders in den Fokus nehmen werden.

Handlungsfähige Kommunen, lebendiges Ehrenamt – Engagement fördern und Zusammenhalt sichern.

In den Kommunen findet das tägliche Leben statt. Hier engagieren sich Menschen ehrenamtlich, helfen einander und lösen konkrete Probleme. Zugleich stehen Städte und Gemeinden weiterhin unter erheblichem Druck: Schulen und Kindertagesstätten müssen gebaut oder saniert, Straßen instandgesetzt und der öffentliche Personennahverkehr verlässlich organisiert werden.

Als Partei und Fraktion mit starker kommunaler Verankerung ist es für uns entscheidend, die Kommunen bei diesen Aufgaben substanziell zu unterstützen. Mit einem Investitionsvolumen von rund 14,5 Milliarden Euro für die nächsten Jahre haben wir ein umfassendes Investitionspaket auf den Weg gebracht, das unmittelbar in die Kommunen fließt oder dort durch Landesinvestitionen wirksam wird.

Wir wollen daher

- die Kommunen bei der zügigen Umsetzung der im Landeshaushalt 2026 bereitgestellten Investitionsmittel aktiv unterstützen,
- die Kommunen in die Lage versetzen, die Sondermittel des Bundes durch ein schlankes und bürokratiearmes Verfahren in zielgerichtete Investitionen umzusetzen,
- die Kommunen dabei unterstützen, Verwaltungsdigitalisierung konsequent voranzutreiben und gemeinsam verbindliche, landesweit einheitliche digitale Standards zu entwickeln, und die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes weiter voranzubringen,
- Verwaltungshemmnisse zwischen Behörden abbauen, bürokratische Doppelstrukturen vermeiden und Verwaltungsverfahren – insbesondere im Sozialbereich – vollständig medienbruchfrei gestalten,
- die Kommunen technisch, organisatorisch und strategisch mit Landesmitteln stärken.

In den Kommunen entfaltet sich ein vielfältiges ehrenamtliches Engagement. Menschen, die sich freiwillig für die Gemeinschaft einsetzen, tragen entscheidend zum sozialen Zusammenhalt bei. Dieses Engagement verdient nicht nur Anerkennung, sondern verlässliche politische Unterstützung. Niedersachsen steht an der Seite seiner Ehrenamtlichen, sei es bei den Blaulichtorganisationen oder in den Bereichen Sport und Kultur.

Wir wollen daher

- landesrechtliche Anzeige-, Nachweis- und Dokumentationspflichten für Vereine und für ehrenamtlich Engagierte überprüfen und unnötige Doppelstrukturen abbauen,
- in den Finanzämtern die Strukturen vor Ort so zu vereinfachen, dass für Vereine und alle ehrenamtlich Aktiven feste Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner zur Verfügung stehen,
- bestehende Anerkennungsinstrumente des Landes – insbesondere Vergünstigungen und landesweite Kooperationen – gezielt weiterentwickeln,

- eine landesweite Öffentlichkeitskampagne zur Wertschätzung des Ehrenamts starten,
- das Ehrenamt bei der Resilienz gegen Rechtsextremismus unterstützen.

Starke Wirtschaft. Sichere Arbeit.

Eine zukunftsfähige wirtschaftspolitische Strategie ist die Grundlage für sichere und gute Arbeitsplätze in Niedersachsen und die Finanzierung des Sozialstaats. Entscheidend ist, die Chancen industrieller Erneuerung aktiv zu nutzen. Wir wollen, dass unsere Industrie bei der Transformation erfolgreich ist, und setzen uns für eine zukunftsfeste Zusammenführung von Klimaschutz mit Wettbewerbsfähigkeit ein. Für die **Automobilindustrie** im Land schaffen die Ergebnisse des Zukunftspakts Mobilität 2035 hierfür verlässliche Rahmenbedingungen. Diesen Kurs werden wir konsequent fortsetzen, denn Niedersachsen muss ein starker Standort für die Automobilindustrie bleiben. Nur so sichern wir Arbeitsplätze und Wohlstand.

Wir wollen daher

- die niedersächsischen Standorte der Volkswagen AG erhalten und ihrer Zulieferbetriebe aktiv unterstützen,
- die strategische Ausrichtung auf den Elektroantrieb als Leittechnologie weiter fördern,
- die Elektrifizierung der Fahrzeugflotten des Landes konsequent voranbringen,
- den Ausbau der Schnellladeinfrastruktur beschleunigen und uns auf Bundes- und europäischer Ebene für eine Vereinheitlichung der Ladeinfrastruktur einsetzen – mit transparenter Preisgestaltung sowie einfachen, barrierefreien Bezahl- und Nutzungsverfahren,
- mit dem Ausbau von günstigem Wind- und Sonnenstrom für stabile, niedrige und unabhängige Energiepreise sorgen,
- demzufolge den Unternehmen und Betrieben Planungssicherheit geben und ihnen Zukunftsinvestitionen ermöglichen.

Der Wohlstand des Landes wird tagtäglich vor Ort in den Regionen erwirtschaftet. Neben der Industrie sind die Klein- und mittelständischen Betriebe sowie das Handwerk das Rückgrat der niedersächsischen Wirtschaft. Darüber hinaus setzen wir uns für verlässliche Rahmenbedingungen für Industrie, Handwerk und Landwirtschaft ein. Die Modernisierung und der Ausbau der Infrastruktur in Niedersachsen bleiben zentrale Aufgaben zur Stärkung der Wirtschaft und zur Sicherung regionaler Wertschöpfung.

Neben dem Erhalt der industriellen Substanz brauchen wir für ein wettbewerbsfähiges und zukunftsfestes Niedersachsen Investitionen in die Zukunft, und zwar insbesondere im Bereich der technologischen Innovationen. Besonders relevant sind hierfür Zukunftstechnologien, für die wir bereits eine starke Basis in Niedersachsen haben – in Großunternehmen und im Mittelstand, genauso aber auch in unseren vielfältigen Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen.

Hinzu kommt die gleichermaßen soziale wie wirtschaftliche Herausforderung, neuen bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Wir müssen alles in unserer Macht Stehende tun, um die laut Wohnungsmarktbericht der NBank in Niedersachsen fehlenden 140.000 bezahlbaren Wohnungen bis 2040 zu bauen.

Wir wollen daher

- die Sanierung maroder Brücken sowie den Ausbau und die Erneuerung der Verkehrsinfrastruktur konsequent vorantreiben,
- ressortübergreifende Strategien zur Fachkräftegewinnung und -sicherung weiterentwickeln,
- die Novelle des Tariftreue- und Vergabegesetzes schnellstmöglich verabschieden, um bei öffentlichen Aufträgen faire Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen zu gewährleisten,
- den Prozess „Einfacher. Schneller. Günstiger.“ zur Verschlinkung von Verwaltungsverfahren konsequent ausweiten, insbesondere durch den Abbau unnötiger Berichts- und Dokumentationspflichten,
- das Once-Only-Prinzip gemeinsam mit dem Bund zeitnah und verbindlich umsetzen, sodass Daten gegenüber Behörden nur einmal übermittelt werden müssen,
- die Maßnahmen der föderalen Modernisierungsagenda von Bund und Ländern mit Nachdruck umsetzen, die auf die Verbesserung der vorgenannten Rahmenbedingungen einzahlen,
- die soziale Wohnraumförderung durch weitere zinslose Darlehen und Tilgungszuschüsse der NBank für private und öffentliche Investoren verbessern,
- weiterhin Wohnungsbauvorhaben durch unsere neu aufgebaute Landeswohnungsgesellschaft WohnRaum Niedersachsen voranbringen.

Kein rechtsfreier Raum: Verantwortung im digitalen Raum – Transparenz, Kontrolle, Strafverfolgung

Digitale Plattformen sind zentrale Orte politischer Meinungsbildung. Sie prägen Debatten, steuern Aufmerksamkeit und beschleunigen die Verbreitung von Informationen – ebenso wie von Hass, Hetze und gezielter Desinformation. Generative Künstliche Intelligenz verschärft diese Dynamik, da manipulierte Inhalte automatisiert, massenhaft, zielgenau und individualisiert verbreitet werden können.

Für uns ist klar: Die digitale Öffentlichkeit ist kein rechtsfreier Raum. Meinungsfreiheit endet da, wo Hass und Gewalt gegen Andersdenkende geschürt wird – auch im Netz. Demokratie braucht online klare Schutzmechanismen, eine konsequente Rechtsdurchsetzung und eindeutige Verantwortlichkeiten der Plattformbetreiber. Unser Ziel ist eine Medienpolitik, die demokratische Vielfalt sichert, publizistische Unabhängigkeit stärkt und durch digitale Souveränität verhindert, dass einzelne Plattformen oder Konzerne über die intransparente Steuerung von Nachrichten übermäßige Deutungs- und Marktmacht über unsere öffentliche Kommunikation gewinnen. Hierdurch hervorgerufene Angriffe auf unsere Demokratie gilt es konsequent abzuwehren. Dabei kommt dem effektiven Schutz von Kindern und Jugendlichen im Bereich von Social Media eine besondere Bedeutung zu.

Wir wollen daher

- die Strafverfolgung bei Online-Straftaten konsequent ausweiten und Tech-Konzerne verbindlich in Haftung nehmen, um rechtswidriges Verhalten im digitalen Raum wirksam zu bekämpfen,
- Polizei und Staatsanwaltschaften auch weiterhin mit den erforderlichen Ressourcen und Kompetenzen ausstatten, um Cyberkriminalität effizient zu verfolgen,
- Strafverfolgungsbehörden für die Bekämpfung von Online-Kriminalität konsequent qualifiziert weiterbilden,
- zentrale Stellen im Bereich Cybercrime dauerhaft und auskömmlich finanziell und personell ausstatten.

Demokratische Kontrolle setzt Transparenz voraus. Algorithmen und Datenstrukturen dürfen nicht länger unter dem Vorwand von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen einer wirksamen Kontrolle entzogen werden. Wer digitale Öffentlichkeiten strukturiert und gesellschaftliche Debatten maßgeblich beeinflusst, muss sich transparenter Regulierung und demokratischer Aufsicht unterwerfen. Zugleich bedarf digitale Gewalt einer entschlossenen politischen Antwort.

Wir wollen daher

- umfassende Datentransparenz und verbindliche Einblicke in die Funktionsweise von Algorithmen großer Plattformen durchsetzen,
- eine standardmäßige Deaktivierung algorithmischer Empfehlungssysteme bei der Anmeldung auf einer Plattform der sozialen Medien,
- die Nutzung sozialer Medien erst ab 14 Jahren zulassen,
- eine jugendfreundliche Version der einzelnen Plattformen als Voraussetzung für die Nutzung von sozialen Medien zwischen 14 und 16 Jahren, die keine algorithmisch gesteuerten Feeds, keine personalisierte Inhaltsauspielung sowie keine suchtverstärkenden Funktionen (z.B. Dauerscrollen, Push-Benachrichtigungen o.Ä.) beinhalten darf,
- eine verpflichtende, datenschutzkonforme Altersverifikation etablieren,
- wirksame technische Schutzmechanismen bei neuen digitalen Diensten vorschreiben,
- Melde- und Beratungsstellen gegen digitale Gewalt, insbesondere an Schulen, ausbauen sowie die Strafverfolgungsbehörden stärken.

Bund und Länder sollten gemeinsam alle Anstrengungen unternehmen, die digitale Souveränität unserer Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Es geht um nichts anderes als den Schutz unserer Demokratie. Wir fordern die Landesregierung über die Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit dem Bundeskanzler auf, Mechanismen zu entwickeln, die die Marktmacht der Tech-Konzerne sowie die dadurch hervorgerufene Informationsverengung begrenzen und publizistische Pluralität und Qualität mindestens zu erhalten. Eine starke und wehrhafte Demokratie endet nicht am Smartphone. Mit klaren Regeln, wirksamer Strafverfolgung, konsequenter Transparenz und dem Schutz von Kindern und Jugendlichen gestalten wir den digitalen Raum gerecht, sicher und demokratisch. Zudem gilt es bei der Beschaffung digitaler Lösungen durch den Staat, den Einsatz anbieter eigener Plattformen kritisch zu hinterfragen und frühzeitig europäische Alternativen mitzudenken, um digitale Souveränität, Transparenz und langfristige Unabhängigkeit gegenüber global agierenden Plattformbetreibern und Tech-Konzernen zu sichern.

Klare Kante für die Demokratie

Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Sie lebt vom Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in staatliche Institutionen, von Transparenz politischen Handelns und von der aktiven Beteiligung der Zivilgesellschaft. Gleichzeitig ist sie zunehmend Angriffen

ausgesetzt – durch Extremismus, gezielte Desinformation, Versuche der Einschüchterung politisch Engagierter sowie durch die systematische Infragestellung rechtsstaatlicher Prinzipien.

Als SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen wollen wir unsere wehrhafte Demokratie gegen Extremisten und Verfassungsfeinde stärken. Der Staat muss entschlossen handeln, wenn Meinungsfreiheit für Hetze missbraucht und die freiheitlich-demokratische Grundordnung angegriffen wird. Gleichzeitig braucht Demokratie starke Prävention, politische Bildung, eine lebendige Wissenschaft in Universitäten und Forschungseinrichtungen sowie verlässliche Schutzstrukturen für diejenigen, die sich öffentlich engagieren.

In Niedersachsen können und müssen wir unmittelbar handeln: durch konsequente Anwendung des bestehenden Rechts, durch Stärkung unserer Sicherheits- und Bildungsinstitutionen sowie durch die Förderung demokratischer Kultur vor Ort.

Wir wollen daher

- die Arbeit der niedersächsischen Verfassungsschutz- und Sicherheitsbehörden im Kampf gegen Extremismus, Antisemitismus und verfassungsfeindliche Bestrebungen weiter stärken,
- die Präventionsarbeit gegen politischen und religiösen Extremismus dauerhaft absichern und insbesondere Programme zur Demokratieförderung langfristig finanzieren und gesetzlich absichern,
- die Landeszentrale für politische Bildung dauerhaft gesetzlich absichern und die Angebote der Landeszentrale ausbauen und weiterentwickeln,
- politische Bildung an Schulen, in den Kultureinrichtungen und in der Erwachsenenbildung systematisch ausbauen und digitale Medienkompetenz in den Curricula und Lehrangeboten verbindlich verankern,
- kommunale Präventionsräte und zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Extremismus, Rassismus und Antisemitismus strukturell und finanziell unterstützen,
- extremistischen und verfassungsfeindlichen Auffälligkeiten im öffentlichen Dienst konsequent begegnen, erkannte Verfassungsgegner umgehend aus dem Dienst entfernen und verfassungsfeindlichen Entwicklungen frühzeitig präventiv entgegenwirken.

Eine starke Demokratie braucht klare Grenzen gegenüber ihren Feinden – und zugleich die aktive Einbindung derjenigen, die sie tragen. Niedersachsen steht für eine offene Gesellschaft, für Rechtsstaatlichkeit und für den Schutz der Menschenwürde. Diese Grundüberzeugungen verteidigen wir mit klarer Haltung, wirksamen Instrumenten und konkretem politischen Handeln.